

## **Bernd Estel: Die Kosten des Guten.**

### **Über politische Korrektheit**

Politische Korrektheit ist unter *modern-westlichen* Bedingungen nicht einfach die individuelle Bejahung oder Vertretung des politisch „Richtigen und Guten“. Sondern das Resultat eines Spannungsverhältnisses, das sich aus den Bemühungen der politischen Elite ergibt, bestimmte, in der Bevölkerung weit verbreitete sozio-politische Meinungen (Einstellungen, Denkmuster) und sie prägende Werte zugunsten der allgemeinen Akzeptanz *ihrer* Definitionen von richtig und gut zurückzudrängen, ja verschwinden zu lassen. Politische Korrektheit ist also eine an ihren Rändern verfließende Summe (halb)offizieller Auffassungen u.ä. von mehr oder weniger *verbindlicher* Geltung für eine überwiegend nur sehr mäßig folgebereite Bevölkerung; durch sie fallen, in der *öffentlichen* Sphäre, das verbindlich *Erwartete* mit dem politisch Erwünschten *und* dem - sachlich - Richtigen und Guten zusammen.- An diesem allgemeinen Sachverhalt ändert sich übrigens dadurch nichts Wesentliches, daß es innerhalb der politischen Elite stärkere Differenzen in der Haltung zu dieser Korrektheit

zu geben pflegt. Also z.B. in Deutschland ihre entschiedenen Träger viel mehr unter den Politikern der Grünen und der SPD als der CSU zu finden sind.

In inhaltlicher Hinsicht erstreckt sich die Korrektheit freilich nicht auf alle Lebensgebiete, ja noch nicht einmal auf den gesamten Bereich der Politik. Vielmehr gibt es, in einem Land einer bestimmten Zeit, immer nur eine größere oder kleinere Reihe von sozusagen einschlägigen Feldern der politischen Korrektheit, und diese Felder sind den Menschen zumindest teilweise wohlbekannt. Und zwar vor allem in ihrer negativen, auf die Mißachtung bzw. Verletzung dieser Korrektheit bezogenen sprachlichen Fassung. Dazu gehören heute vor allem Fremden- und Frauenfeindlichkeit, Antisemitismus (einschließlich „unsolidarischer“, d.h. wirklicher Kritik an der Politik des Staates Israel), Rassismus sowie Demokratiefeindlichkeit, verstanden jedenfalls als Rechtsextremismus. Doch kann man dazu auch alte und neue Formen der Misanthropie zählen, in deren Sicht die übergroße Mehrheit der Menschen einen nur geringem Wert besitzt, ja leicht als mißraten gilt, sowie neuerdings den Populismus, hierzulande wiederum fast immer als Rechtspopulismus verstanden. Mit dieser Aufzählung sei auch angedeutet, daß es zwischen den westlichen Ländern bei allem Gleichklang im Großen doch gewisse, gelegentlich sehr bezeichnende Unterschiede hinsichtlich dieser einschlägigen Felder, und mehr noch: ihrer genaueren inhaltlichen Fassung gibt. Dem braucht hier jedoch nicht nachgegangen werden, weil sich die weitere Argumentation auf Deutschland konzentriert.

Zu betonen ist nun: Obwohl die politische Elite die wichtigste Triebkraft für die Ausbreitung der politischen Korrektheit bildet, ist deren konkrete Durchsetzung, die u.a. über die Gesetzgebung erfolgt, nur zum Teil ihr eigenes Werk. Die übrigen Bemühungen werden von einer Reihe von öffentlichkeitswirksamen Institutionen, insbesondere den Massenmedien sowie von Angehörigen der kulturellen Eliten getragen, die der politischen Elite freilich auf verschiedene Weise verbunden sind. Bei den damit verfolgten *Zielen* muß dann zumindest nach einer offiziellen und einer inoffiziellen Dimension unterschieden werden. Das *offizielle* Ziel ist gewiß die teils ostentative, teils selbstverständliche Bejahung des Richtigen und Guten durch tendenziell jedermann. Und es sind die daraus erhofften Folgen. Nämlich eine soziale Welt ohne Diskriminierungen, d.h. für illegitim gehaltene Benachteiligungen und Bevorzungen. Ja eine die ganze Erde umspannende Welt, die durch ungeschmälerte wechselseitige Anerkennung harmonisch und solidarisch geworden ist, in der die kollektiven Konflikte abgenommen und das ihnen bisher oft eigene Gift von Verachtung und Haß verloren haben. Das wichtigste *inoffizielle* Ziel bildet dagegen die jedenfalls öffentlich unangefochtene Geltung des Richtigen und Guten und damit der aus ihr entspringende politische Nutzen für die herrschende Elite. Nämlich - hauptsächlich - die dadurch ermöglichte Quasi-Verbannung jeder radikaleren, d.h. in bestimmten Grundauffassungen abweichenden Opposition aus dem öffentlichen Raum, die Erleichterung ihrer sozialen Marginalisierung und ihrer politisch-juristischen Bekämpfung

insgesamt. Als symptomatisch dafür kann u.a. das Verhalten der Parteiführung der Grünen gegenüber Jürgen W. Möllemann Mitte des vergangenen Jahres, also Monate vor dessen Flugblattdaffäre und deren Folgen gelten: Seine öffentliche Behauptung, Michel Friedman, der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden sei gegenüber Deutschen intolerant und gehässig und fördere damit den Antisemitismus, ist von Claudia Roth gleich mit einer Strafanzeige gegen ihn beantwortet worden.

Doch welche *Faktoren* (Gegebenheiten, Entwicklungen) sind eigentlich für die Motivation der Elite zur politischen Korrektheit und ihrer sozialen Durchsetzung verantwortlich? Nur zwei davon seien ausdrücklich aufgegriffen. Den vielleicht wichtigsten Faktor bilden hier die verschiedenen, nach wie vor primär vom Westen geprägten *Globalisierungsvorgänge*, die, erst einmal, immer mehr Länder der Erde immer intensiver ergreifen und miteinander verflechten. Die mit ihnen verbundenen materiellen und immateriellen Interessen drängen naturgemäß auf die Beseitigung aller sachfremden Hindernisse für die inter- und transnationale Verflechtung und deren weitere Ausdehnung. Sie drängen also darauf, alle überkommenen Besonderheiten von Ländern und Regionen, die solche Hindernisse bilden, zu beseitigen oder sie wenigstens ihrer bisherigen Bedeutung auf das soziale Leben zu berauben (indem sie etwa zur bloßen Folklore werden). Und sie drängen auf jedenfalls formelle Gleichbehandlung aller an diesen Vorgängen Beteiligten und damit die globale Geltung eines entsprechenden Gleichheitsethos; denn Privilegierungen und

Diskriminierungen traditionellen Musters, mögen sie Einheimischen *oder* Fremden gelten, sind dauerhafteren Verflechtungen abträglich, von denen - wie immer unterschiedlich - alle Beteiligten profitieren sollen. Hinzu kommt, daß die starke und weiter wachsende Beachtung von Globalisierungsphänomenen, zu der die Regierung eines durchschnittlichen Staats westlicher Prägung gezwungen ist, die Kluft zwischen Volk und Führung ohnehin vergrößert: Die Verfolgung politischer Interessen in weit gewordenen Horizonten und die Entwicklung des dazu nötigen Denkens bringt zwangsläufig eine gewisse Distanz zur Mentalität, zu den an die Nahwelt gebundenen Interessen und Auffassungen der Mehrheitsbevölkerung mit sich. Und beides begünstigt die Bereitschaft, das als politisch notwendig, das als richtig und gut Erkannte der Bevölkerung auch gegen ihren eigentlichen Willen aufzunötigen.

Einen anderen, gerade für Deutschland wichtigen Grund bilden die *politischen Traditionen*, insbesondere Verfassungstraditionen eines Landes. So wird die überzeugte Selbstverständlichkeit, mit der die deutsche politische Elite sich um die Errichtung eines Reichs politischer Korrektheit müht, nicht nur durch die Taten Hitlers, sondern auch die (west)deutsche Verfassung und ihre höchstrichterliche Fortbildung über fünf Jahrzehnte gefördert. In ihrem tiefen, nach westlichen Maßstäben schon einmaligen Mißtrauen gegen das politische Urteilsvermögen des eigenen Volks fehlen in dieser Verfassung bzw. ihrer Fortbildung alle plebiszitären Elemente auf der obersten politischen Ebene (Direktwahlen, Volksabstimmungen), die es - wie z.B. in der Schweiz - der

Bevölkerungsmehrheit erlauben würden, den verantwortlichen Politikern in die Parade zu fahren. Selbst der Kerngedanke einer jeden Demokratie, daß das Volk als Staatsvolk eben der eigentliche *Souverän*, d.h. diejenige vorgängige Gewalt sei, die der Regierung und allen übrigen staatlichen Instanzen (als „pouvoir constituant“) erst Macht verleihe und sie ihnen nach *seinem* Willen wieder entziehe (!), ist hier zugunsten der Auffassung vom Volk als bloßer, von der Verfassung mit bestimmten Befugnissen ausgestatteter politischer Größe („pouvoir constitué“) aufgegeben worden. Einer abgeleiteten Größe, die noch nicht einmal im Ernstfall Wiedervereinigung ihre Souveränität ausüben, also über eine neue Verfassung selbst entscheiden konnte und können sollte. Angesichts dieser Situation, die in ihrer Wirkung durch die verfassungsrechtlich außergewöhnliche, eine Verselbständigung der Elite ihrerseits begünstigende Stellung der Parteien noch verstärkt wird, liegt es in der Tat nahe, daß zumindest die verantwortlichen Politiker sich gerade nicht als bloße Vertreter des Volks, sondern als seine Führer zum Guten, als seine legitimen Lehrer fühlen.

Und für wen soll die politische Korrektheit gelten? Primär ohne Zweifel für die, d.h. alle Deutschen, zunehmend aber auch für die hier lebenden Ausländer (Integrationsförderung!). Faktisch jedoch gibt sich die politische Elite, geben sich die ihr verbundenen Institutionen eben mit Geringerem zufrieden: Abweichende Meinungen u.ä., Verstöße gegen die politische Korrektheit werden in der Privatsphäre, im Kreis der Arbeitskollegen, der Familie und

Freunde normalerweise geduldet. Allerdings ist schon hinsichtlich derjenigen Ebene, auf der für viele Öffentlichkeit anfängt und nicht selten endet, nämlich des Wirtshauses, die Tendenz zu beobachten, durch Denunziation seiner Besucher die Freimütigkeit der Äußerungen selbst zu treffen. Oder wie wäre sonst das in der Öffentlichkeit, in den fortschrittlichen Massenmedien noch immer beliebte Eindreschen auf die „deutschen Stammtische“ zu deuten, in denen - ganz anders als in den Lokalen anderer Länder - der reaktionäre Stumpfsinn herrsche? Strikt aber gilt das Gebot politischer Korrektheit für alle diejenigen, die in die Politik gehen, also öffentlich wirken wollen, die Ämter anstreben und ihrerseits Zutritt zur politischen Elite begehren. Wer nicht bereit oder fähig ist, schon früh eine hochmoralische Gesinnung, die sich möglichst der ganzen Welt verpflichtet weiß, zur Schau zu tragen, wer nicht die Phrasen der politischen Korrektheit beherrscht und sie je nach Adressat und Situation entrüstet, ausgewogen oder speichelleckerisch zu gebrauchen versteht, wer es damit nicht rechtzeitig lernt, öffentlich anders zu denken und zu sprechen als in den eigenen vier Wänden und auch als handelnder Politiker, wird sich mit der Karriere schwer tun: Strauß oder Schmidt („Schmidt-Schnauze“) kämen so, wie sie damals waren, heute wohl kaum mehr in den Bundestag.

Politische Korrektheit bringt allerdings, technisch gesprochen, erhebliche sachliche *Kosten* mit sich. Damit sind schon deshalb weniger wirtschaftliche gemeint, weil hier schlecht zu rechnen und damit auch schlecht ein Saldo zu bilden ist. Sondern, zum einen, *personale*, und dabei wieder primär: *kognitive*

Kosten. Denn die dieser Korrektheit entsprechende, die von ihr propagierte Wirklichkeitssicht ist ohne die Ausblendung, Verdrängung und Tabuisierung von dazu unpassenden Phänomenen nicht zu haben. So macht es z.B. die üblich gewordene, beflissene Betonung der überragenden Bedeutung der Frauen, ihrer durchschnittlichen emotionalen oder spirituall-moralischen Überlegenheit gegenüber den Männern fast unmöglich, bestimmte weibliche Untugenden wie unverhältnismäßige Eitelkeit, Neigung zu Klatsch und Intrige oder rasche Verzagtheit noch unbefangen zu thematisieren. Doch verschwinden damit diese Untugenden? Die besonders verpflichtende Solidarität mit Israel läßt die Augen nicht völlig davor verschließen, daß dessen Regierung Palästinenser inzwischen auch vorbeugend und ganz gezielt töten läßt, weil sie vielleicht Terroristen sind oder sich künftig dazu entwickeln könnten, daß mit der „Bestrafung“ der Angehörigen von Selbstmordattentätern (Vernichtung ihrer Häuser usw.) das Prinzip der Sippenhaftung fröhliche Urständ feiert, oder daß die Siedlungspolitik, mit deren wiederum gezielter Veränderung der ethnischen Struktur eine entsprechende Legitimation für eine dauerhafte Errichtung von Groß-Israel gewonnen werden soll, nach wie vor mit der de-facto-Vertreibung von Palästinensern und/oder der Wegnahme ihres Landes einhergeht. Und auch die herrschende, von der großen Zahl politisch korrekter Sozialwissenschaftler noch immer geteilte Annahme, daß an objektiven Mißständen, bei massiveren Konflikten zwischen Deutschen und Ausländern nie die Fremden die Schuld trügen, sie immer nur Opfer - und sei es der deutschen Gesellschaft bzw. des



„Systems“ überhaupt - seien, ist nicht imstande, den Inhalt der einschlägigen Kriminalitätsstatistiken oder bereits die Alltagserfahrung, daß es oft anders sei, hinwegzuzaubern. Schließlich wird auch, um noch Harmloseres zu erwähnen, die Erfüllung einer weiteren, damit verwandten Norm der politischen Korrektheit gelegentlich doch recht lästig. Daß nämlich jede wirkliche Kritik des Auslands (von der Ausnahme bestimmter, durch eine befreundete Weltmacht vorgegebener „Schurkenstaaten“ abgesehen) öffentlich nur oder allenfalls dann zulässig ist, wenn sie möglichst noch im selben Atemzug versichert, in Deutschland bzw. unter Deutschen stünde es freilich in dieser oder wenigstens einer ähnlichen Hinsicht noch viel schlimmer. Daß diese Norm gegenüber den USA in teilweise besonderer Strenge gilt bzw. gegolten hat, mußte bekanntlich Frau Däubler-Gmelin als - derzeit - letztes prominentes Opfer zu ihrem Schaden erfahren. Angesichts des neuerlichen Kriegs der USA gegen den Irak und den Versuchen seiner öffentlichen Rechtfertigung, angesichts der einschlägigen Bemerkungen Rumsfelds gegenüber Deutschland bzw. dem „alten Europa“ insgesamt sowie des von der US-Regierung nicht mehr verhüllten *Weltherrschaftsanspruchs* (vgl. ihre hochoffizielle Schrift „Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten“ vom September 2002) könnte es freilich in diesem Punkt zu einer dauerhafteren Veränderung kommen.

Am schwersten wiegen jedoch die *sozio-politischen* Kosten der politischen Korrektheit. Hierher gehört schon die erwähnte Aufspaltung des Denkens, Redens, und selbst Handelns nach den Polen öffentlich und privat, die mitsamt

der damit verbundenen Heuchelei inzwischen auch Teile der Normalbevölkerung ergriffen hat. Diese Aufspaltung steht natürlich im engen Zusammenhang mit der empfindlichen und alltäglich spürbaren Einschränkung der Meinungsfreiheit, in deren Gefolge nicht nur einzelne, sondern ganze Klassen von (öffentlich werdenden) Äußerungen mit sozialer Maßregelung, mit sozialem Ausschluß oder direkter Strafe belegt sind. Was die daher nur zutreffende Meinung der Mehrheit der Menschen - daß man nämlich, wie schon früher, vieles, darunter nicht zuletzt auch Naheliegendes und Richtiges „nicht sagen dürfe“ - für ihre Grundeinstellungen zur Demokratie, ihre Wahrheitsliebe und die Entwicklung von öffentlichem Mut bedeutet, kann man sich leicht ausrechnen. Und um hier doch an etwas zu erinnern, das allerdings von den deutschen Eliten stets nur ungern gehört wurde: Meinungsfreiheit ist, sofern wirklich vorhanden, *nichts anderes* als die Freiheit, das *Falsche*, das - zutiefst - Verwerfliche, das - ganz - „Gefährliche“ zu meinen. Denn zumindest unter modernen Bedingungen hat es noch nie eine Regierung gegeben, die nicht das Wahre, das Gute, das Unbedenkliche (wie sie es verstand) gefördert oder wenigstens toleriert hätte.- Eine dritte Folge ist die politische Notwendigkeit, durch sich wiederholende Wellen öffentlicher bzw. massenmedialer moralischer Vorhaltungen und Ermahnungen für eine ausreichende Breitendurchsetzung der politischen Korrektheit zu sorgen - und die immer wieder zu beobachtende Nervosität der verantwortlichen Politiker, daß dies nicht richtig gelänge. Durch sie kommt es zu schon grotesken Erscheinungen wie etwa dem Aufruf unseres

alten und neuen Kanzlers zu einem „Aufstand der Anständigen“. Natürlich sollte dieser Aufstand nicht etwa der Beseitigung seiner Regierung oder gar einer ausgewachsenen Revolution gelten. Sondern der Bekämpfung der politisch Inkorrekten, bei der sich die Aufständischen durch die Rückendeckung der Obrigkeit immer schon auf der sicheren Seite fühlen konnten.- Eine vierte Folge ist eine verstärkte Entpolitisierung der Menschen, die schon durch die nur konsequenten, offiziellen Sprachreinigungen gefördert wird: Indem z.B. 1992 „Überfremdung“ zum Unwort des Jahres erklärt wurde, ist aus dem öffentlichen Sprachschatz ersatzlos ein Wort verschwunden, das zwar mit inkorrektur Wertung, aber einprägsam auf bestimmte, gerade in den größeren Städten auftretende ethno-soziale Phänomene und deren Erleben durch die Einheimischen hingewiesen hat. Gravierender als der damit geförderte Mangel an Ausdrucksvermögen bei vielen Menschen ist freilich die Nichtbeachtung eines großen Teils ihrer politisch relevanten Sorgen durch die Politiker: Diese Sorgen werden eben dann nicht ernstgenommen, werden öffentlich ausgeblendet, umgedreht oder auch verspottet, wenn sie nicht zur etablierten Korrektheit passen. Eine Ernstnahme, so beruhigen oder warnen dabei die Angehörigen der politischen Elite sich und andere, liefe ja auf „ein Grasens am rechten Rand des Wählerspektrums“ hinaus. Dieser „Rand“, häufig genug aus Millionen von Menschen bestehend, hat danach kein Recht auf öffentliches Gehör.

Damit hängt, fünftens, ein anderer Sachverhalt zusammen, der als direkte Ursache der Entpolitisierung wirkt. Nämlich die wie selbstverständlich betriebenen Versuche, bestimmte politische Fragen, deren inhaltliche Entscheidung manchmal durchaus Weichenstellungen für die zukünftige Entwicklung Deutschlands bedeuten, aus der Willensbildung des Volkes insgesamt herauszuhalten; gerade vor Bundestagswahlen häufen sich die von den Parteien auch immer wieder befolgten Appelle, solche Fragen im Wahlkampf nicht zu thematisieren, weil sonst ihre „demagogische“ Behandlung drohe. Nach dieser Argumentation, die freilich die Demokratie in ihrem Kern negiert, sollte eben bereits die Erörterung und nicht erst die Entscheidung dieser Fragen den dafür berufenen Kreisen überlassen werden: Offensichtlich weiß die politische Elite, wie seinerzeit die halbabsolutistische Obrigkeit, nicht nur um vieles besser, was für das Volk gut ist als dieses selbst, sondern sucht, in ihrer Güte, ihm auch die gar zu naheliegende Möglichkeit schweren politischen Irrtums von vornherein abzunehmen. Auch solchen, wiederum durch die Verfassung bzw. ihre Gerichtsbarkeit geförderten Phänomenen verdankt sich die verdrossene politische Apathie großer Bevölkerungsteile, die immerhin offiziell noch beklagt wird.

Eine letzte, dazu nur scheinbar widersprüchliche Folge ist das Auftreten bzw. Wachstum des *Populismus*. Populismus speist sich gewiß aus mehr als der Ablehnung der politischen Korrektheit, dem Gefallen an Außenseitern unter den Politikern oder an ungebundenen Intellektuellen, die diese Korrektheit offen

herausfordern, sie und die mit ihr errichteten Tabus öffentlich verletzen (Denn um mit Sanktionen bewehrte Tabus handelt es sich längst, auch wenn Habermas, zweifellos ein Kirchenvater der deutschen politischen Korrektheit, deren Bestände noch immer nur als gelungene „kollektive Lernprozesse“, als Früchte eines „zähen“ Befreiungskampfs sehen will (SZ vom 7. 6. 02)).- Vielmehr ist die Existenz des Populismus eine fast zwangsläufige Folge der westlichen Demokratien der Gegenwart überhaupt. Denn seine wichtigste Voraussetzung ist bereits dann gegeben, wenn die faktische Verselbständigung der politischen Elite gegenüber der Mehrheitsbevölkerung und damit die mentale Kluft zwischen ihnen ein gewisses Ausmaß erreicht hat; ein immer wieder festzustellendes empirisches Indiz für diese Situation ist der breite Anklang, den Klagen über den Verlust der Bodenhaftung bei Politikern, über ihre Entfremdung von der Masse der Bevölkerung finden. Doch dürfte - schließlich - der Populismus tatsächlich dort besonders gut gedeihen, wo sich die Angehörigen der politischen Elite ganz ohne Skrupel als moralische Erzieher des Volks verstehen, deren sich wiederholende Ermahnungen ein wie selbstverständliches inneres Recht auf allgemeine Befolgung besitzen. Und zwar dann, wenn anhaltende wirtschaftliche Schwierigkeiten, vermehrte politische Mißerfolge, eine Zunahme sozialer und ethnischer Konflikte sowie von öffentlicher Korruption der einen oder anderen Form die frühere Bereitschaft der Bevölkerung schwinden läßt, diesen Anspruch bzw. die mit ihm verbundenen personalen Zumutungen einfach hinzunehmen. Inzwischen aber

liefert die politische Korrektheit unverkennbar einen profanen Ersatz für die alte christliche Botschaft bzw. deren wichtigste sozio-politische Funktion, wie Heinrich Heine sie verstand. Denn ist sie nicht in vielem ein neues „Entsagungslied“, ein scheinbar politisches, in Wahrheit jedoch moralisches „Eiapoieia“ vom Werte-„Himmel“? „Womit man einlullt, wenn es greint, das Volk, den großen Lämmel“?



